

Auch Australien versinkt in einer Apokalypse, die es selbst verursacht hat.

geschrieben von Andreas Demmig | 23. August 2025

substack, Mike Newman, 11. August 2025

Auf dem toten Pferd ins Verderben reiten

Die Stammesweisheit der Dakota besagt, dass die beste Strategie darin besteht, abzusteigen, wenn man auf einem toten Pferd sitzt. Natürlich gibt es auch andere Strategien. Man kann den Reiter wechseln. Man kann ein Komitee damit beauftragen, das tote Pferd zu untersuchen. Man kann erklären, dass es billiger ist, ein totes Pferd zu füttern. Man kann mehrere tote Pferde aneinander spannen. Aber nachdem man all diese Dinge versucht hat, muss man immer noch absteigen. – Gary Hamel

Der Netto-Null-Zug in Australien wirkte wie ein starker Magnet und lockte alle möglichen Mächtigen-Klimaaktivisten in die Welt des Klimas – von Ministerien über Universitäten auf der Suche nach Fördermitteln, Rentensuchende bis hin zu Menschen, die auf Cocktailpartys in Surry Hills kultiviert auftreten wollten. Unternehmen, die nicht gegen den Strom schwimmen wollten, sahen sich gezwungen, produktivitätsmindernde Nachhaltigkeitsbeauftragte einzustellen. Diese berieten die Vorstände über die Notwendigkeit, Papierstrohhalm und Markenbecher am Arbeitsplatz durchzusetzen, und versicherten den Aktionären in ihren Jahresberichten, dass sie sich der Rettung des Planeten verpflichtet fühlten.

Es ist jedoch wichtig, die Teilnahme am Klimakreuzzug nicht mit dem Besitz nützlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse – jenseits von Plattitüden – zu verwechseln, geschweige denn mit dem Verständnis der kommerziellen Komplexitäten, die mit der Umsetzung der Energiewende verbunden sind.

Für viele Eiferer ist es ein beliebter Zeitvertreib, so zu tun, als würden sie die Klimaideologie unterstützen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist Zali Steggalls Wahlkreis Warringah. In ihrem ersten Wahlkampf kandidierte sie für die Klimaalarmisten und rief nach ihrem Wahlsieg Haushalte dazu auf, ihren Plan „Fahrplan für Netto-Null“ zu unterstützen. Die Wähler konnten sich verpflichten, ihre persönlichen Opfer zu bringen, um die Emissionen zu senken. Weniger als zwei Prozent registrierten sich. Die Seite existiert nicht mehr.

Eine einfachere Studie aus der Praxis, die zum gleichen Ergebnis geführt hätte, wäre eine Fahrt entlang der Military Road in Mosman an einem

Samstagmorgen gewesen. Dutzende turbogeladene, benzinfressende Luxus-SUVs aus Europa säumen die Straßen, während die Anwohner ihre Wäsche abgeben und Hafermilch-Cappuccinos schlürfen, während sie ihren jährlichen dreiwöchigen Familien-Skiurlaub im japanischen Hakuba buchen – zwischen Bissen exotisch klingender glutenfreier veganer Muffins.

Während die persönlichen Konsumgewohnheiten der zuverlässigste Indikator für die tatsächlichen Ängste vor der globalen Erwärmung sind, besteht kein Zweifel daran, dass die Angst unter den Alarmisten wächst, da sie die unvermeidliche katastrophale Entgleisung der Netto-Null-Ziele direkt vor ihren Augen spüren. Die Beweise werden nur allzu deutlich.

Die jüngsten Signale der Vereinten Nationen (UN) offenbaren diese traumatische Erkenntnis.

Präsident Donald Trump hat die einzige Sprache entlarvt, die die Parasiten bei der UNO verstehen: die Sicherung von Geldern von Gastgebern. Trump stellte im Februar 2025 klar:

„Einige Agenturen und Gremien der UN ... handeln gegen die Interessen der Vereinigten Staaten.“

Er kürzte den US-Beitrag zum UN-Sekretariatsbudget um fast 90 Prozent und strich die Finanzierung mehrerer Organisationen, darunter des Weltklimarats (IPCC) und der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). Er verbot zudem die Teilnahme von Wissenschaftlern, die aus Steuergeldern finanziert werden, an UN-Veranstaltungen. Ab 2026 wird in allen UN-Organisationen mit einem Personalabbau von 20 bis 30 Prozent gerechnet. Dies ist von großer Bedeutung, da dieses Signal auch auf den privaten Sektor übergreift.

Große Finanzinstitute – JP Morgan, HSBC, UBS, Mitsubishi UFJ, Goldman Sachs und Macquarie, um nur einige zu nennen – haben ihren Spartakus-Moment erlebt. Sie befreien sich aus der Knechtschaft der Net Zero Banking Alliance (NZBA). Die NZBA wurde im April 2021 im Rahmen der Finanzinitiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEPFI) gegründet. Alle schlossen sich ihr aus dem egoistischen Ziel an, öffentliche Kritik in den Medien zu vermeiden und Möglichkeiten zur Rentensuche auszunutzen. Jetzt, da Netto-Null praktisch überflüssig ist, besteht keine Notwendigkeit mehr, die Fassade aufrechtzuerhalten. Allein im Jahr 2024 beliefen sich die Bankkredite an Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie auf 870 Milliarden US-Dollar. Die Prognose für 2025 liegt bereits 23 Prozent höher. Folgen Sie dem Geld.

Aus diesem Grund setzt die UNO alle Hebel in Bewegung, um alternative Kapitalquellen zu erschließen und so die drohende Finanzkrise zu bewältigen. Dies ist für ihr eigenes Überleben von entscheidender Bedeutung.

Nehmen wir den Internationalen Gerichtshof (IGH) der UNO.

Er fällte kürzlich ein wegweisendes Urteil, das es Ländern erlaubt, andere Länder wegen unzureichender Bekämpfung des Klimawandels zu verklagen – oder anders gesagt: Vermögenstransfers von kapitalistischen Industrieländern zu weniger wohlhabenden Ländern zu ermöglichen, ungeachtet der Stichhaltigkeit der behaupteten Ursachen. Es sei denn natürlich, man befindet sich in China, wo der Status eines Entwicklungslandes endlose Freikarten gewährt. Vermutlich wird man erwarten, dass erfolgreiche Kläger einen Teil der zugesprochenen Schadensersatzzahlungen „freiwillig“ an den IGH zurückgeben, damit dieser seine selbstgerechten Ziele weiter verfolgen kann.

Die UN ist so verzweifelt, dass sie UNFCCC-Exekutivsekretär Simon Stiell nach Australien einfliegen ließ, vermutlich um die Kautionszahlung für den COP31-Gipfel in Adelaide zu sichern. Niemand nahm seine düstere Vorhersage ernst – dass Megadürren dazu führen würden, dass Obst nur noch einmal im Jahr erntet werden könne, wenn wir unsere Ziele für 2035 nicht „groß rausbringen“. Für einen Mann, der als Umweltminister Grenadas Investitionen in fossile Brennstoffe unterstützte, ist es nicht schwer, die hauchdünne Fassade der UN zu durchschauen – etwas, das sogar unser eigener Energieminister widerwillig einräumte.

Der Vorsitzende der Klimabehörde, Matt Kean, lässt sich nicht unterkriegen und schreibt fieberhaft Leitartikel, in denen er auf die Gefahren der globalen Erwärmung für das Great Barrier Reef, die Algenblüte in Südaustralien und natürlich auf Präsident Trump hinweist – der es Australien offenbar noch schwerer machen wird, Buschbrände, Überschwemmungen und Hitzewellen vorherzusagen. Abgesehen vom Trump-Derangement-Syndrom ist es angesichts des ungehinderten Zugangs des australischen Vasallenstaats in Peking nicht schwer zu verstehen, warum Präsident Xi als größter Emittent der Welt der Kritik entging.

Übrigens: Während die Zahlenjongleure der Liberalen Partei weiterhin darüber rätseln, welche Position sie in Bezug auf Netto-Null einnehmen sollen (die Entscheidung soll offenbar bis Dezember fallen), brauchen sie sich nicht weiter umzusehen als die aufrührerischen Kommentare zum X-Konto des ehemaligen Staatsabgeordneten für Hornsby. Niemand kauft sie. Es ist eindeutig.

Zurück in die Realität:

Wo bleibt die Empörung der Opposition in New South Wales gegenüber EnergyCo, die Antworten darauf fordert, warum die Kosten für die Central West Orana Renewable Energy Zone (CWO REZ) voraussichtlich um das 8,5-fache der ursprünglichen Prognose steigen werden? Die Ausweitung der Produktion wäre eine griffige Ausrede. Die ehrliche Antwort wäre eine minderwertige Modellierung.

In Queensland explodierten die Kosten für das Übertragungsprojekt CopperString von ursprünglich 1,5 Milliarden Dollar im Jahr 2021 auf heute 14 Milliarden Dollar. Wie konnte das sein? Es wurde darauf

zurückgeführt, dass wichtige Netzanschlüsse an Bergbau- und erneuerbare Energieprojekte bei der anfänglichen Planung und Kostenkalkulation für die Aufrüstung von 330 Kilovolt (kV) auf 500 kV in bestimmten Abschnitten nicht berücksichtigt wurden. Sie wissen schon, nur die winzigen Details, auf denen das Projekt basieren sollte. Ein ehrlicher Fehler?

Dasselbe gilt für den Marinus Link Interconnector zwischen Tasmanien und Victoria, dessen ursprüngliche Kosten von 3,3 Milliarden Dollar um 50 Prozent nach oben korrigiert wurden, da die Kosten für Unterseekabel stark anstiegen.

Das krasseste Beispiel ist das Projekt Victoria–NSW Interconnector (VNI) West, dessen Kosten ursprünglich 1,8 Milliarden Dollar betragen, nun aber auf bis zu 11,4 Milliarden Dollar steigen sollen. Anstatt die Verantwortlichen für diese inkompetente Modellierung zu entlassen, werden sie nicht zur Verantwortung gezogen.

Paradoxerweise haben die Politiker und Bürokraten Victorias ein so ausgeprägtes Anspruchsdenken, dass sie, obwohl diese Versäumnisse auf ihre mangelnde Kenntnis kommerzieller Kennzahlen zurückzuführen sind, drakonische Gesetze einführen wollen, die private Eigentumsrechte ignorieren und den Handlangern von Premierministerin Jacinta Allan Zugang zu ländlichen Grundstücken verschaffen – und, schlimmer noch, den Eigentümern bei Nichteinhaltung eine Geldstrafe von 12.000 Dollar aufbrummen.

Noch erschreckender ist, dass die Liberalen in Victoria aufgrund eines solchen Fehlschlags keine Kampagne nach dem Motto „Wenn es passieren kann, kann es auch Ihnen passieren“ führen können. Wie mittelmäßig müssen sie sein, um in den Umfragen hinter einer so erbärmlich unfähigen Regierung zurückzuliegen?

Offshore-Windprojekte in Hunter und Illawarra sind gescheitert,

nachdem die führenden Unternehmen, das norwegische Unternehmen Equinor und sein australischer Partner Oceanex, es abgelehnt hatten, einen formellen Antrag auf eine Machbarkeitsgenehmigung einzureichen. Um das Ganze noch schlimmer zu machen, gab es bei den jüngsten Offshore-Windauktionen in Deutschland null Gebote. Null. Ohne hohe Subventionen gibt es kein privates Interesse. Wer hätte das gedacht?

Aidan Morrison, Analyst beim Centre for Independent Studies, schrieb einen äußerst vernichtenden Artikel, in dem er darauf hinwies, wie ein Fonds unter dem Vorsitz der ehemaligen Labour-Premierministerin Julia Gillard AC ein Windparkprojekt erwarb, nur sechs Tage bevor Labor-Energieminister Chris Bowen die Einnahmen im Rahmen des Capacity Investment Scheme garantierte. Obwohl er betonte, dass es keine Beweise für illegale oder unangemessene Aktivitäten gebe, schrieb er, was die meisten normalen Australier denken:

„Wenn die Zukunft der ‚sauberen Energie‘ in Australien so aussieht, dann sieht sie absolut SCHMUTZIG aus.“

Dann gibt es noch die netzdienlichen Batterien.

Uns wird gesagt, diese „Stoßdämpfer“ würden uns retten – was die Frage aufwirft: Wer hielt es für eine kluge Idee, Stoßdämpfer in ein System einzuführen, das sie in der Vergangenheit nie benötigte? Und zu welchem Preis?

Die Ergebnisse waren verheerend. Obwohl es mehr Netzbatterien denn je gibt, verdoppelten sich die durchschnittlichen Kosten für deren Energieabgabe laut dem 2025 Quarterly Energy Dynamics Q2 Report des australischen Energiemarktbetreibers (AEMO) auf 478 Dollar pro Megawattstunde (MWh). Das hielt Regierungsbehörden wie EnergyCo jedoch nicht davon ab, lautstark zu verkünden, dass die Hälfte der 1,1 Milliarden Dollar teuren Waratah Super Battery fertiggestellt sei – obwohl sie nach ihrer Fertigstellung nur eine maximale Laufzeit von zwei Stunden haben wird.

Diese Beispiele beweisen immer wieder, dass sich Landesregierungen und Bundesregierung in Sachen erneuerbare Energien so in die Enge getrieben haben, dass ein Eingeständnis des Scheiterns ihr Überleben zu sehr gefährden würde. Wie man es auch dreht und wendet, ihre einzige Lösung besteht darin, den aktuellen Plan zu verschärfen, ihre Befugnisse auszuweiten und zu glauben, die Wähler würden ihnen irgendwie vertrauen, dass sie es besser wüssten. Die Australier durchschauen diese Täuschungsmanöver und wissen, dass sie unweigerlich die Zeche zahlen werden – in Form höherer Steuern, höherer Energiepreise oder höchstwahrscheinlich beidem.

Ehrlich gesagt hätten wir den Finanzmärkten mehr Aufmerksamkeit schenken sollen,

da diese schon seit vielen Jahren das Ende der Netto-Null-Strategie prognostizieren.

Vor der globalen Finanzkrise führten großzügige Subventionen für erneuerbare Energien, die durch niedrige Zinsen finanzierte Staatsschulden finanziert wurden, zu massiven Überkapazitäten. Als die globale Finanzkrise schließlich die Weltwirtschaft in den Abgrund trieb, mussten überschuldete Regierungen mit übermäßigen Haushaltsdefiziten die Einspeisevergütung streichen, was 40 große Aktien aus dem Bereich der erneuerbaren Energien in den Ruin trieb. Bis 2022 verzeichneten selbst die führenden Unternehmen der Solar- und Windindustrie einen Marktwertverlust von 95 Prozent.

Sollten wir also ein Déjà-vu-Gefühl verspüren, dass die chinesischen Solarriesen, die 90 Prozent des weltweiten Angebots beherrschen, im vergangenen Jahr ein Drittel ihrer Belegschaft entlassen und Verluste von über 60 Milliarden US-Dollar hinnehmen mussten? Wieder einmal haben

staatliche Subventionen zu massiven Überkapazitäten im Solarbereich geführt – was bedeutet, dass 2025 der traurige Rekord des Vorjahres noch übertroffen werden könnte. Die Aktien der chinesischen Solarriesen Trina, JA Solar und Longi Green Energy werden heute mindestens 75 Prozent niedriger gehandelt als noch vor einigen Jahren. Klingt vertraut, oder?

Beunruhigend ist, dass Energieminister Chris Bowen trotz dieser düsteren Fundamentaldaten erklärte, die Regierung sei überzeugt, dass es Potenzial für den Aufbau einer heimischen Solarindustrie gebe. Weitere 34 Millionen Dollar sollen 50 neue Arbeitsplätze schaffen. So schaffen wir eine „Zukunft Made in Australia“ – mit zusätzlichen Steuergeldern. 680.000 Dollar pro Arbeitsplatz.

Auch die liquidesten Exchange Traded Funds (ETFs) auf den globalen Finanzmärkten im Bereich Wind- und Solarenergie haben in den letzten fünf Jahren chronisch unterdurchschnittlich abgeschnitten, während ETFs mit Fokus auf Kernenergie und fossile Brennstoffe stark zugelegt haben.

Angesichts der Tatsache, dass der Rest der Welt aussteigt,

bevor der Weg zur Netto-Null-Energiewende völlig entgleist, ist es besorgniserregend, dass Australien stur an seiner Haltung festhält und vergeblich versucht, die 0,0000167 Prozent der Atmosphäre zu stoppen, die wir vielleicht beeinflussen.

Das weiß auch der Klimarat. In einem hysterischen Versuch, nützliche Idioten dazu zu bringen, seinen Wünschen nachzukommen, postete er auf LinkedIn:

Die Aufhebung der Netto-Null-Ziele ist ein Rezept für eine Klimakatastrophe. Sie würde Klimakatastrophen verschärfen, das Great Barrier Reef zerstören und wirtschaftliches Chaos auslösen. Der ungebremste Klimawandel könnte Australien bis 2070 4,2 Billionen Dollar kosten und in Sydney und Melbourne 50-Grad-Tage zur neuen Normalität machen.

Ernsthaft?

So sehr sich der Klimarat auch selbst auf seine klimawissenschaftliche Kompetenz beruft, er kann offensichtlich nicht erkennen, dass Netto-Null tatsächlich genau das Rezept ist, das bereits jetzt wirtschaftliches Chaos auslöst.

Die Befürworter dieses heidnischen, wetterbezwingenden Fanatismus haben bereits:

- eine Wirtschaft geschaffen, deren BIP pro Kopf in neun der letzten elf Quartale zurückgegangen ist;
- die Strompreise um 32 Prozent höher getrieben als noch vor drei Jahren;

- die nationale Produktivität auf den niedrigsten Stand seit 60 Jahren gesunken ist;
- Kürzung des Lebensstandards auf das Niveau von 1959;
- die Insolvenzen erreichten Rekordhöhen, wobei die verarbeitende Industrie, der Bergbau und die Bauwirtschaft die Hauptlast der Aushöhlung tragen;
- Haushaltsdefizite entstanden, die voraussichtlich in den nächsten vier Jahrzehnten bestehen bleiben werden; und
- Das bedeutet, dass 82 Prozent der in den letzten Jahren geschaffenen Arbeitsplätze entweder im öffentlichen Dienst angesiedelt sind oder auf staatliche Förderung angewiesen sind – das Fünffache des normalen Prozentsatzes.

Unsere Politiker behaupten, wir seien eine Supermacht im Bereich der kritischen Mineralien.

Die jüngste globale Bergbauumfrage des Fraser Institute ergab, dass kein australischer Bundesstaat in den Top 10 der attraktivsten Investitionsgebiete vertreten ist. NSW und Victoria rangieren hinter Kongo, Simbabwe und der Elfenbeinküste und dümpeln im untersten Viertel vor. Investoren sehen das offensichtlich anders.

Unsere börsennotierte Australian Securities Exchange (ASX) verzeichnet seit 2022 einen Rückgang der Nettonotierungen. Von einem Rekordhoch von 2.158 börsennotierten Unternehmen im Juni 2022 lag die Zahl im März 2025 bei 1.960. Kurz gesagt: Wir gelten nicht als attraktives Investitionsziel – was auch durch die Empfehlung des ASX-Governance-Teams, Vorstandsmitglieder zur Offenlegung ihrer sexuellen Orientierung und religiösen Überzeugungen zu verpflichten, nicht gerade unterstützt wird. Erfolgreiche Börsen tun ihr Möglichstes, um die Transaktionskosten zu minimieren. Die ASX legt eindeutig Wert darauf, dass die „Woke“-Ideologie eine höhere Priorität hat.

Im März 2023 veröffentlichte der australische Wirtschaftsrat (BCA) einen Bericht, der einen Rückgang der inländischen Investitionen aufzeigte. Die Neuinvestitionen der Unternehmen lagen damals bei rund 11 Prozent des BIP – ein Niveau, das seit der schweren Rezession Anfang der 1990er Jahre nicht mehr erreicht wurde. Wir verharren noch immer auf diesem Tiefstand.

Während Medien berichten, dass globale Instabilität, Inflation und Zinssätze eine Rolle gespielt haben, investieren Unternehmen in Wahrheit, weil sie einen Konjunkturzyklus erkennen, und nicht, weil Kredite billig sind. In Australien beweisen 30.000 Insolvenzen in den letzten drei Jahren, dass der Konjunkturzyklus düster ist.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer sklavischen Hingabe an die Netto-Null-Religion

könnten die Zeitbombe sein, die unseren Immobilienmarkt zum Einsturz bringt.

Der Wert des australischen Immobilienbestands liegt derzeit bei 415 Prozent des BIP. Japan lag auf dem Höhepunkt seiner Immobilienblase in den 1980er Jahren bei 581 Prozent. Kanada und Neuseeland erreichten vor etwa drei Jahren ihren Höchststand von 400 Prozent. Die Immobilienindizes in diesen Märkten sind seitdem um 16 bis 20 Prozent gefallen. Glauben wir wirklich, Australien sei immun?

Die Immobilienpreise in Sydney liegen beim 14,4-Fachen des Durchschnittseinkommens. In Tokio waren sie auf dem Höhepunkt 15 Mal so hoch. Vor dem Zusammenbruch hatten japanische Banken 41 Prozent ihres Kreditbestands als Hypothekendarlehen angelegt. Laut der australischen Aufsichtsbehörde APRA liegt der Wert bei unseren Banken bei 65 Prozent.

Japan brauchte zwei Jahrzehnte, um sich von der Abschreibung notleidender Kredite (NPLs) im Wert von 20 Prozent des BIP zu erholen. Zwar sind die NPLs australischer Banken mit 1,1 Prozent gering, doch die Finanzmärkte entwickeln sich selten wie in den Stresstests prognostiziert – das Vertrauen kann also innerhalb kürzester Zeit erodieren.

Wir hatten das Glück, den schlimmsten Auswirkungen der globalen Finanzkrise 2008/09 zu entgehen. Dies war den finanzpolitisch umsichtigen Howard-Costello-Jahren und einem Rohstoffboom in China zu verdanken, der unsere Arbeitslosenquote unter sechs Prozent hielt. Solche Puffer gibt es heute nicht mehr.

Je länger es dauert, bis die Opposition mit echter Überzeugung deutliche Differenzierungen vorbringt und das Netto-Null-Ziel ablehnt, desto länger werden wir hilflose Zuschauer bleiben und zusehen müssen, wie eine erstarrte Regierung, die arrogant glaubt, ein unangreifbares Mandat zu haben, weiterhin die Realität ignoriert, Steuern falsch verteilt und einen Weg in den Ruin garantiert.

https://chrisuhlmann.substack.com/p/riding-the-dead-horse-to-ruin?utm_source=post-email-title&publication_id=3113892&post_id=170642748